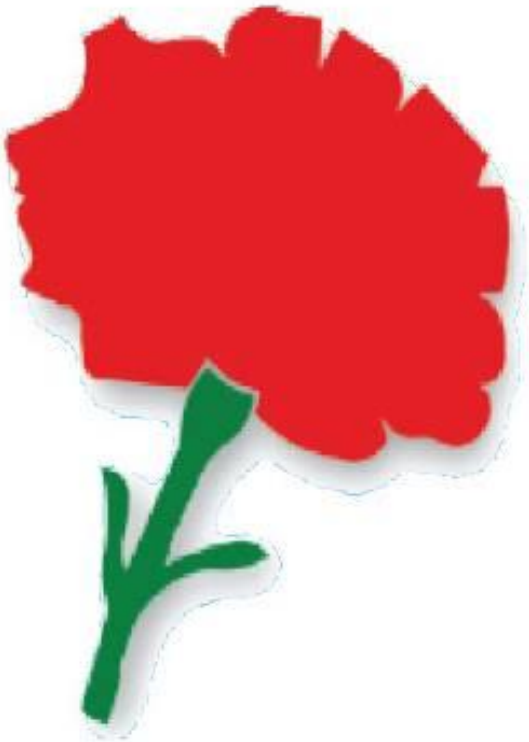
1.Mai 2020

130. Jahrestag der Weltpremiere



Impressum:
Herausgeber des Teil III der Geschichte des 1.Mai, Werner Ruch:
Förderverein zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung,
Verein Freie Gewerkschaften e.V. VFDG. Eigendruck, Berlin 2020.

Zur Geschichte des 1. Mai
von
2015 bis 2020

Bild – Text -- Dokumentation
Teil III

von

Werner Ruch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Chronologie: **6 -12**

Wie kam es zur Weltpremiere des 1. Mai 1990

Athen, Mai 2011: Der Europäische Gewerkschaftsbund reckt seine Glieder **13 - 15**

2014 1. Mai 2014. Motto des DGB: „Gute Arbeit. Soziales Europa“ **15 - 17**

Michael Sommer zum Mindestlohn. Einzelgewerkschaften und Landesbezirke aktiv. Gewerkschaftsübergreifendes Interesse am 1.Mai wächst.
Neonazistische Aktivitäten und Provokation gegen DGB Veranstaltungen.

2015 1. Mai. Motto des DGB: „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“ **17 - 19**

Verteidigung des internationalen Streikrechtes- Teil der Maivorbereitung.
Reiner Hoffmanns auf der Berliner Kundgebung.
Geschichtliche wach halten: Ludwig Erhard und die klassenlose Gesellschaft.
Rudi Dutschke und der Springer-Konzern.

2016 1. Mai. Motto des DGB: „Zeit für Solidarität“ **19 - 20**

Stefan Körzell, Bundesvorstandsmitglied verlangte in Berlin einen klaren Kurswechsel in der EU.
Geschichte wachhalten: Karl Liebknecht forderte am 1. Mai 1916 am Potsdamer Platz (Stehle) Beendigung des Krieges. Mit vier Jahre Zuchthaus bestraft. Kurz vor dem 1. Mai 1946 begann der Nürnberger Prozess gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher.

2017 1.Mai. Motto des DGB: „Für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft in Deutschland und Europa“ **20 - 23**

Reiner Hoffmann, Bundesvorsitzender: aktuelle Daten tägliches Handwerkzeug für den Gewerkschafter.
Geschichte wachhalten: Aprilstreik 1917- Massenstreik gegen Hunger und Krieg.

2018 1. Mai. Motto des DGB: „Wir stehen für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Dafür kämpfen Gewerkschaften“! **23 - 25**

Bundesweite Teilnahme leicht rückläufig, aber Anstieg in Berlin. Naturfreunde erneut beim DGB dabei. Hoffmann: „Die Regierung muss jetzt liefern“.
Geschichte wachhalten: Januarstreik 1918 und der Generalstreik November-Revolution: Frieden, Sturz der Hohenzollern- Dynasti, „Alle Macht den Räten“.

2019 1. Mai. Motto des DGB: „Europa. Jetzt aber richtig“. **25 - 28**

Europawahlen im Monat des 1. Mai. Reiner Hoffmann Bundesvorsitzender auf der Hauptkundgebung in Leipzig. AFD, „Das sind die Toten-Gräber eines weltoffenen Europas.“
Geschichte wach halten:
100 Jahre Achtstundentag und Frauenwahlrecht

Der 1. Mai 2020 steht vor der Tür **28**

Nein zum Nato-Manöver- ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung“
„Europa. Jetzt aber richtig!“

Anlage: DGB-Aufruf gegen das „DEFENSER 2020“ **29**

Vorwort

Mit der vorliegenden Veröffentlichung erfahren die beiden bisher erschienenen Bild-Text-Dokumentationen der „Friedrichshainer Hefte“ zum 120 und 125. Jahrestag der Geschichte des 1. Mai eine Fortschreibung.

Der 1. Mai lebt in unseren Herzen, obwohl seine Geschichte nicht nur von Höhen gekennzeichnet ist. Der 1. Mai 1933 war mit der Zerschlagung der Gewerkschaften der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Dank der Befreiung vom Faschismus durch die verbündeten Armeen konnten die Gewerkschaften ihre Spaltung überwinden und als überparteiliche Einheitsgewerkschaft auferstehen. Als der Internationale Arbeiterkongress zu Paris – vom 14. bis 20. Juli 1889 - die Arbeiter der verschiedenen Nationen aller Kontinente aufrief, ab 1890 den 1. Mai als Kampf- und Feiertag zu begehen, ahnte noch niemand vom widersprüchlichen Verlauf der Kämpfe im 20. Jahrhundert. Aber die 1889 ausgelöste internationale Bewegung für die Arbeitszeitverkürzung durch den Achtstundentag blieb dauerhaft und aktuell Die Acht wurde eine magnetische Größe. Sie führte zur gemeinsamen Aktionen der Proletarier aller Länder, ihrer Gewerkschaften und der Sozialisten für den Völkerfrieden und eine gerechte Welt der Brüderlichkeit. Dem Kampfruf von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest: „Poletarier aller Länder vereinigt euch“ erhielt seit1890 rasanten Auftrieb.

Die Arbeitszeitfrage ist als Teil der sozialen Frage eine Machtfrage. Sie wird es auch im Zeitalter der Digitalisierung der technologischen Entwicklung der Produktivkräfte bleiben.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist vor mehreren Jahrhunderten als internationales Wirtschaftssystem in Europa entstanden. Heute, im Digitalen Zeitalter der globalisierten Welt, hat seine Internationalisierung durch imperialistische Weltherrschaftsstreben der USA die Weltlage in einem kaum noch zu überschaubaren Ausmaß brutal verworren. Der perfide Expansionsdrang ist gepaart mit dem Missbrauch bürgerlicher Herrschaftsformen. Deren völlige Abschaffung durch halb und total faschistische Regime mussten wir aber auch bereits im 20. Jahrhundert mit all seinen Grausamkeiten erleben.

Wir sind heute mehr denn je gefordert alles zur Verteidigung von Demokratie und Freiheit zu tun, um die Zivilisation und das irdischen Leben für eine neue soziale Welt zu erhalten. Inzwischen nehmen die Beziehungen zwischen den Großmächten feindseligen Charakter an, militärische Konflikte drohen auszubrechen. Stellen wir uns geschlossen hinter den Aufruf des Vorstandes des DGB gegen das NATO-Manöver „DEFENDER“ 2020“ und fordern „Schluss mit dem Konfrontationskurs“ der NATO-Staaten.

Angesichts dessen ist es auch ein Existenzgebot, darüber in den Gewerkschaften nachzudenken, warum die Teilnahme an den Veranstaltungen zum 1. Mai sinkt. Gewiss hat dies auch etwas mit der unbefriedigenden Mitgliederentwicklung im DGB und dem anhaltenden äußeren antigewerkschaftlichen Druck von außen zu tun. Dazu gehört die Tarifflucht ebenso wie die Jahre währenden offenen oder versteckten Angriffe nicht nur rechter Finsterlinge gegen den internationalen Kampftag der Arbeiter, Angestellten, Beamten sowie Arbeitslosen und Senioren. Aber sie witterten Morgenluft nach dem Ausbruch der letzten Weltwirtschaftskrise am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Wieder versuchen nationalistische Demagogen die Internationalität des 1. Mai durch nationalistische Parolen zu verfälschen und den Klassencharakter der bestehenden Gesellschaft durch „Volksgemeinschaftsideengut“ und nationalistische Demagogie zu vernebeln. Die AFD bereitet längst entsprechende Programmverkündungen zum 1. Mai 2020 vor.

Wir bleiben dabei:**„Völker hört die Signale“ – „Brüder in eins nun die Hände“**

Chronik:

Wie kam es zur Weltpremiere des 1. Mai?

1856 Die Arbeiter des Baugewerbes der britischen Kolonie Victoria in Australien erkämpften zum ersten Mal den achtstündigen Arbeitstag.

1866 Die I. Internationale, erster internationaler Zusammenschlussrevolutionärer Organisationen, fordert auf ihrem Kongress in Zürich den gesetzlich festzulegenden achtstündigen Normalarbeitstag.

1886 Dem Aufruf der amerikanischen Arbeiterverbände (AFOL) folgend Streiken in den USA am 1. Mai 400 000 Beschäftigte aus 11 000 Betrieben für den Achtstundentag, davon in Chikago 40 000. Die Polizei nimmt eine Bombenexplosion zum Anlass für blutige Ausschreitungen. Danach werden sieben Todesurteile gefällt.

1887 Der amerikanische Gewerkschaftsbund beschließt auf seinem **Congress** in St. Louis im Dezember 1988, ab 1990 in den USA den 1. Mai als Kampftag für den Achtstundentag zu begehen.

1889 Der Internationale Arbeiterkongress zu Paris-vom 14. bis 20. Juli 1889-erklärt sich solidarisch mit den amerikanischen Gewerkschaften und ruft die Arbeiter der verschiedenen Nationen aller Kontinente auf, den 1. Mai ab 1890 als Kampf-und Feiertag zu begehen. Die Mehrheit der rund 400 Delegierten aus 22 Ländern Europas und Amerikas vereinten sich zum gemeinsamen Kampf für die Menschenrechte.

1890 Die Weltpremiere des 1. Mai wird zur Geburtsstunde der II. Internationale sozialistischer und Arbeiterparteien. So wird die internationale Arbeiterbewegung zu einer weltweit vernetzten Macht.

1890 Der erste Maiaufruf der deutschen Arbeiterbewegung, unterzeichnet von August Bebel und Karl Liebknecht, gab die sozialdemokratische ReichstagsFraktion am 13. April 1890 heraus.

1891 1. Ladenschlussgesetz. Für die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe, mit Ausnahme von Apotheken, dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am 1. Weihnachts-,Oster- und Pfingsttag überhaupt nicht , an den übrigen Sonn-und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden. Durch statuarische Bestimmungen einer Gemeinde etc. kann die Beschäftigung an Sonn-und Festtagen noch mehr eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Für die vier Wochen vor Weihnachten können Ausnahmen zugelassen werden. In der Zeit, in der ein Beschäftigungsverbot vorliegt, darf auch (z.B. von Familienmitgliedern) keine offene Verkaufsstelle oder Gewerbsbetrieb stattfinden.

Zur Roten Nelke war in der Ausgabe der Mitgliederzeitung der IG Metall, Juli 2016, zu 125 Jahre IG Metall zu lesen: *"Vor 125 Jahren gingen die Menschen in der ganzen Welt zum ersten Mal am 1. Mai auf die Straße um für die Rechte der Arbeiterschaft zu demonstrieren. In Deutschland galt noch das Sozialistengesetz – Versammlungen waren verboten. So kam die Nelke ins Spiel und wurde zum Symbol des 1. Mai.* ***Sie gehört zum 1. Mai wie der Dom zu Köln."***

174. Sonntag, den 28. Juli 1889.

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Am 28. Juli 1889 berichte das „Berliner Volksblatt"[1], dass vom Internationalen Arbeiterkongress zu Paris ein Aktionsprogramm angenommen worden sei, wonach mit aller Energie eingetreten werden solle für den Frieden der Völker und gesetzlichen Schutz und Fürsorge für die Arbeiter. Der Achtstundentag wird zur zentralen internationalen Forderung erhoben.

Die Zahl der anerkannten Delegierten betrug 391[3]

Franzosen	221	Norweger	1
Schweizer	6	Dänen	3
Deutsche	81	Polen	5
Engländer	22	Spanier	2
Belgier	14	Rumänen	5
Österreicher	8	Amerikaner	4
Ungarn	3	Portugiesen	1
Niederländer	4	Tschechen	1
Russen	6	Bulgaren	1
Schweden	3		

Darunter befinden sich neben Marxisten auch Anarchisten und Reformisten.

Verzeichnis der Delegierten aus Deutschland[2]

Bebel, August; Becker, Carl; Bernstein, E; Bock, Wilh.; Bufender, A.; Bruhns, Jul.; Dieckmann, Ferdinand; Dietrich, Adam; Eckhardt, Daniel; Erhardt, F; Ewald, F; Fischer, Ric.; Fleischmann, Emil; Frohme, K.; Förster, H; Geck, Ad.; Geyer, Friedr.; Glocke, Theod.; Grünberg, R.; Harm, Friedr.; Heine, Aug.; Hirsch, Fried.; Hillmer, Ernst; Hofmann, Franz; Hoffmann, Adolf; Horn, Georg; Ihrer, E. (Bürgerin); Joch, F.; Junge, Herm.; Kaden, Aug.; Kersten, Alex; Kessler, Gustav; Kirchner, F. E.; Kloß, F.; Koenen, H.; Körner, W.; Kuhnert; Fritz; Legien, F.; Lehmann, Karl; Liebknecht, Wilh.; Lütz, T.; May, Ernst; Meister, Heinrich; Müller, Herm.; Molkenbuhr, H.; Paschky, A.; Pfannkuch, W; Pfeiffer, Leonh.; Pfeiffer, Aug.; Pinkau, Karl; Reißhaus, Paul; Rödiger, Hugo; Schiemann, Paul; Schmidt, W; Schneider, Fr.; Schreiber, Balduin; Schulze, K; Schumacher, L; Schwarz, Theod.; Schwarz, F.; Schweiger, W.; Schütz, Oskar; Begitz, Mart.; Seitz, Jul.; Sommer, Bruno; Stolle, W.; Stranz, Ant.; Ulrich, Carl; Bahrenholz, B.; v. Vollmar, G; Wagner, Paul; Woldersky, Hugo; Wedde, Johannes; Wesch, A.; Wernau, Jul.; Weneger, Carl; Werner, Wilh.; Zenker, Theod.; Zetkin, Clara; Zwiener, Josef; Elsaß-Lothringen: Fahrland, Dr. B.

Kongressort und Tagungsbeginn – kein Zufall

Der Kongress eröffnet am 14. Juli 1889 zum Beginn der Feierlichkeiten anlässlich des 100. Jahrestages der großen französischen Revolution. Den Delegierten stellt sich die Frage, was nach dem Sturm auf die Bastille 1789 aus dem von der Bourgeoisie erhobenen Anspruch auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geworden ist.

---

[1] Herausgeber des Berliner Volksblatts war Paul Singer mit Direktmandat im Berliner Wahlkreis VI des späteren Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg bis zu seinem Tod 1911.

[2] Protokoll vom Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris, 14. bis 20. Juli 1889, S. 6

[3] ebenda

CONGRÈS INTERNATIONAL OUVRIER SOCIALISTE DE PARIS 1889
(Du 14 au 21 Juillet)
Issu des Congrès de Bordeaux, de Troyes, et de la Conférence Internationale de La Haye

Carte de Délégué

Délivrée au Citoyen Legien Carl
représentant Deutscher Buchdrucker

Signature du Délégué: C. Legien
Le Secrétaire de la Commission d'organisation: Jecq

Mit diesem für die Arbeiterbewegung bedeutsamen Kongress wurde auch die II. Internationale aus der Taufe gehoben. Das Ringen der Großmächte um Neuaufteilung der Welt ist bereits im vollen Gange. Erforderlich sind *neue internationale Kraftanstrengungen der Arbeiterbewegung.*

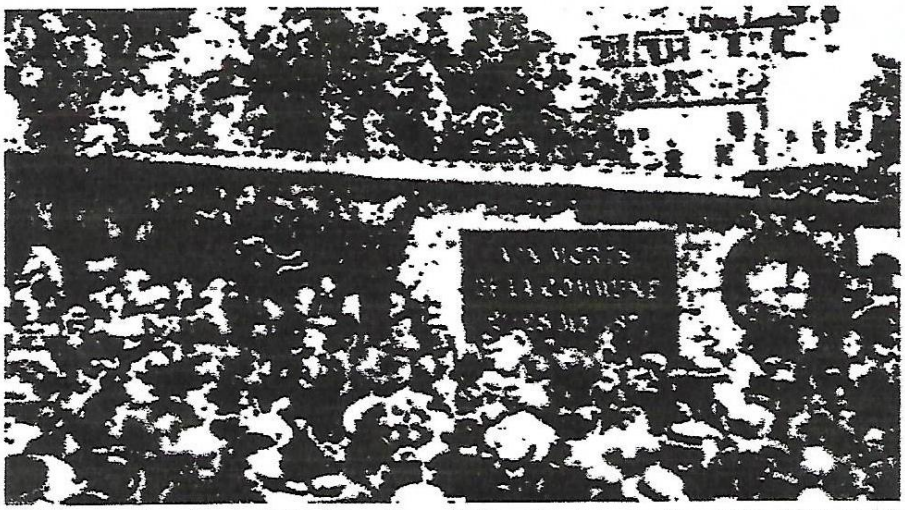
Die Losung – in französisch – an der Stirnwand des Konferenzsaales laut:

Proletarier aller Länder, vereinigen wir uns!

Eine weitere Losung lautet:

Im Namen des Paris vom Juni 1848 und vom März, April, Mai 1871
und des Frankreich der Babeauf, Blanqui und Varlin!

Die deutsche Delegation ehrte gemeinsam mit anderen Delegierten die auf dem Friedhof Père Lachaise beigesetzten Kommunarden. Kurz zuvor sprach Wilhelm Liebknecht, Teilnehmer der Märzrevolution in Deutschland, Worte des Gedenkens am Grab des deutschen Schriftstellers Ludwig Börne.



Nach der Ehrung des französischen Revolutionärs Louis-Auguste Blanqui begaben sich die Delegierten zum Friedhof Montmartre, um Heinrich Heine zu ehren.

Die Resolution des Pariser Kongresses zum Ersten Mai wird in internationalen Beratungen von August Bebel, Wilhelm Liebknecht (Deutschland), Victor Adler (Österreich), Eduard Vaillant und Paul Lafargue (Frankreich) vorbereitet und im Namen der französischen Syndikatskammern und Cooperativgruppen vom französischen Gewerkschaftsführer Raymond Lavigne dem Kongress zur Abstimmung vorgelegt.

Internationale Kundgebung zum 1. Mai 1890, lt. Congressprotokoll:

„Der Congress beschließt:
Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen. Und die übrigen Beschlüssen des internationalen Congresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits vom amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) bereits im Dezember 1889 zu St. Louis abgehaltenen Congress für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nation haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird ins Werk zu setzen.

Auf Antrag der Belgier wird nach Nationalitäten abgestimmt. Für die Resolution sind alle Nationalitäten mit Ausnahme der Belgier und Russen, von denen erstere ihr Votum später begründen wollen, und letztere nur deshalb sich enthalten, weil eine derartige Kundgebung in Russland unmöglich sei.“

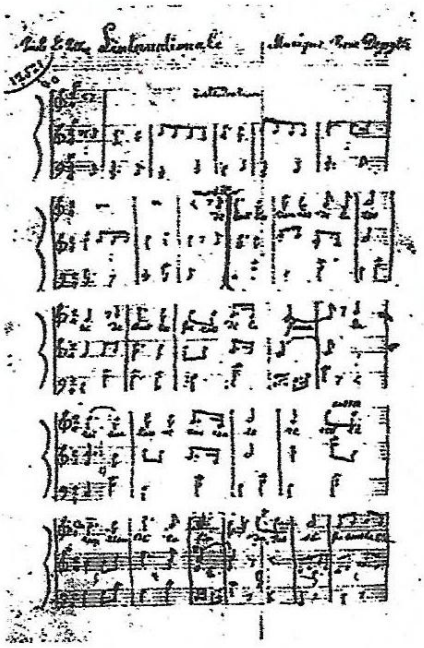
August Bebel

Wilhelm Liebknecht

Victor Adler

Edouard Vaillant

Paul Lafargue



Weltpremiere des Ersten Mai – Achtstundentag steht im Mittelpunkt

Für den Achtstundentag entscheidet sich die übergroße Mehrzahl der Delegierten der auf dem Pariser Arbeiterkongress vertretenen Parteien, Organisationen und Bewegungen. Die Art und Weise der Durchführung der Manifestation soll vor Ort festgelegt werden. Die deutschen Sozialisten entscheiden sich dafür, den Ersten Mai unabhängig vom Wochentag zu begehen. In Großbritannien wird der internationale Kampf- und Feiertag auf den darauffolgenden Sonntag, den 4. Mai, verlegt. Im zaristischen Russland wird der Erste Mai unter illegalen Bedingungen begangen.

Zentren und Zahlen der Teilnehmer an der Premiere des Ersten Mai in 1890:

Frankreich	unter der 138 erfassten Städten befinden sich Amiens, Beauvais, Lens, Lille, Lyon, Narbonne, Paris, Tuchan, Troyes, Vienne und Vierzon
Italien	Ancona, Bologne, Cremona, Florence, Imola, Livorne, Milano, Padua, Parma, Pisa, Rimini, Rom, Spezia und Turin
Polen	10.000 Teilnehmer vor allem in Warschau
Portugal	14.000 Teilnehmer in Lissabon und Port
Spanien	10.000 Teilnehmer vor allem in Barcelona und Madrid
Schweiz	Basel, Bern und Genf
Rumänien	Bukarest
Österreich	(einschließlich Böhmen, Teile Polens und Ungarns): Budapest, Mährisch-Ostrau, Pressburg und Wien
England	300.000 beteiligen sich vor allem in London
Deutschland	ca. 100.000 legen die Arbeit nieder, darunter 20.000 in Berlin
Belgien	Brüssel, Charleroi und Namur
USA	134 Orte werden erfasst, darunter Chicago, Louisville und New York
Cuba	Havanna
Mexiko	Grand-Mexiko

Tief beeindruckt von der gemeinsamen internationalen Aktion der Arbeiter vieler Länder erklärt Friedrich Engels:

„Stände nur Marx noch neben mir, dies mit eigenen Augen zu sehen!"[4]

Friedrich Engels Anfang 1891

Karl Marx 1872

In Deutschland gilt noch das Anti-Sozialistengesetz. Der Erste Mai und seine Vorbereitungen fallen in die Zeit des „Verlöschens des Ausnahmegesetzes[5]" (Eduard Bernstein), der Verkündung weiterer Erlasse Wilhelms II. vom 5. Februar 1890 zum Ausbau der Arbeiterversicherung, der gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit, der Einberufung eines Staatsrats zur Vorbereitung von Maßnahmen für den Arbeitsschutz, zur Ausgestaltung der Staatsbetriebe zu Musterwerkstätten sowie Bestimmungen über eine Vertretung der Arbeiter durch Vertrauenspersonen im Gewerbe und Schritte zur Vorbereitung einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz der Regierungen.

Auch diese Maßnahmen konnten das Anwachsen der Gewerkschaften und des Wählereinflusses der SPD nicht aufhalten. Bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag am 20. Februar 1890 erhält die SPD im ersten Wahlgang 20 und in der folgenden Stichwahl am 1. März 16 Mandate. Auf die SPD entfallen 1.341.587 Stimmen. Das ist ein Zuwachs von 567.405 Wählern. Die der SPD nahe stehenden Gewerkschaften weisen 250.000 Mitglieder aus.

In den Januartagen, unmittelbar vor der Sitzung des Reichstages über die Verlängerung des Sozialistengesetzes, kommt es zu zahlreichen außerparlamentarischen Aktionen. Führende Sozialdemokraten wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht oder Paul Singer sprechen auf Protestkundgebungen der Sozialdemokratie.

---

[4] Engels, Friedrich; Vorwort zur vierten deutschen Ausgabe (1890) des „Manifest der kommunistischen Partei"; London 1. Mai 1890. Aus MEW, Bd. 22, S. 58f

[5] Der Titel des Ausnahmegesetzes lautet: „ Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"

Die Beerdigung des Sozialistengesetzes. Karikatur aus „Der Wahre Jacob", 1890

Im Reichstag findet sich schließlich keine Mehrheit für die Verlängerung des Sozialistengesetzes über den 30. September 1890 hinaus. Am 18. März reicht Bismarck sein Abschiedsgesuch ein. Am 20. März endet die 28jährige Herrschaft des „Eisernen Kanzlers" und seiner Politik von „Zuckerbrot und Peitsche". Gleichzeitig werden militärische Vorbereitungen für den Ersten Mai getroffen

Athen, Mai 2011 --
Europäischer Gewerkschaftskongress

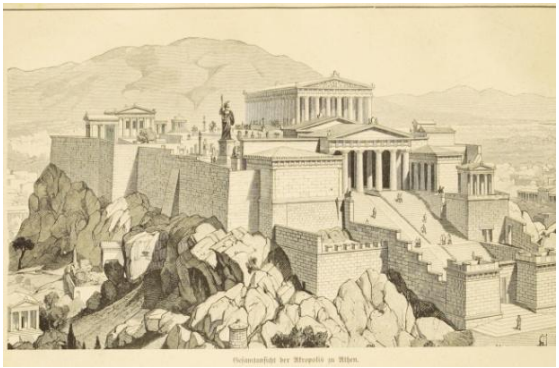


Bild: Akropolis

Mit dem „Athener Manifest“ 2011, reckte der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) seine Glieder am Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts.
Die rund 500 Delegierten von 83 europäischen Gewerkschaften aus 38 Ländern und 12 Berufs-internationalen, darunter 27 Delegierte des DGB, des Europäischen Gewerkschaftsbundes beschlossen unmittelbar nach dem 1. Mai das „Athener Manifest“ (Siehe Anlage). Sie forderten für die Europäische Union statt der bisherigen eine soziale Wirtschaftsregierung.

In jenem Jahr trat die von den USA ausgehende weltweite Krise des internationalen Finanzkapitals in ihre zweite Phase. Es war schon abzusehen, dass die monopolkapitalistische Finanzindustrie durch massive monetäre staatliche Rettungsmaßnahmen als großer Gewinne aus der Krise hervorgehen würde. Die weltweite Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich erfuhr dadurch eine weitere Vertiefung. Die militärischen Konflikte, an denen zunehmend auch der deutsche Militarismus beteilig ist, nahmen zu. Das alles geschah auf dem Hinter-grund einer wachsenden Zerstörung der natürlichen, ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit. Die Trump-Administration der USA ist die einzige Regierung einer Großmacht die diese Gefahr immer noch in Frage stellt.

Im Ergebnis der Europawahlen in Deutschland schlug sich diese Entwicklung nur bedingt wieder. Bei den Europawahlen Ende Mai 2014 stimmten noch 30 % der Wähler für die CDU. Die SPD verbuchte mit 27,3 Prozent sogar erhebliche Zugewinne, ebenso die Grünen mit 10,7 und DIE Linke kam auf 7,3 Prozent der Stimmen. Die FDP konnte mit 3,7 Prozent erneut ins Europaparlament einziehen. Die AFD, erst ein Jahr zuvor, 2013 gegründet, erhielt auf Anhieb über 7 Prozent der Stimmen. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich SPD, setzten die Verwunderungsmütze auf über die bei Wahlen so sichtbar gewordene Gefahr von rechts.

Aber was sich dann nach 2014 bis 2019 in der Welt zutragen sollte, hatte man seit 1990 in Europa noch nicht erlebt. Die Krise der EU brach offen aus. Ihre Abdecklung durch das Brüsseler „Demokratiesystem“ erfuhr durch den Austritt Englands aus der Europäischen Union, Brexit genannt, eine unübersehbare Offenlegung der Wunden des Euro-Systems.

Schließlich schloss die USA das Jahr 2019 mit einem antieuropäischen Sanktionspaket gegen die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream ab. Der Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen den Großmächten, unter Ronald Trump von den USA entfacht, als Handels-krieg den Weltfrieden bedrohende Formen angenommen. Inzwischen hat auch der deutsche Vizekanzler Olaf Scholz in einem Interview schärfste Kritik geübt: „Solche Sanktionen sind ein schwerer Eingriff in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und Europas und der eigenen Souveränität. Das lehnen wir entschieden ab.“ Die Bundeskanzlerin setzte in ihrer Neujahrsansprache eins drauf, Europa muss seine Stimme stärker in der Welt einbringen. Schon in den Krisenjahren von 2008 bis 2011 wuchs die Unzufriedenheit vor allem im jenen EU-Ländern die besonders die neoliberalistischen Wirtschafts-und Finanzpolitik Brüssels. Besonders die Maikundgebungen und in den Aktionen davor und danach kam es bereits zu europaweiten Protesten gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Klasse und ihrer besonders betroffenen Branchen. Nicht sie, sondern die Verursacher der Krise, die Großbanken und multinationalen Konzerne sollten die Lasten tragen. So forderten schon 2010 50 000 Demonstranten des EGB in der südfranzösischen Großstadt Nizza endlich ein soziales Europa. Auf Transparenten stand: „Für ein Europa der Arbeit und der sozialen Rechte!“

Zwei Auszüge aus dem „Athener Manifest“

Seite1, zweiter Absatz**:**

„Der EGB ist höchst besorgt über die bisherigen negativen Auswirkungen der Rettungsmaßnahmen für die Not leidenden Volkswirtschaften seitens der Eu und des Internationalen Währungsfonds. So haben beispielsweise die in Griechenland, Portugal und Irland umgesetzten Sparmaßnahmen die Situation verschärft und die betroffenen Länder sehen sich einer lang anhaltenden Rezession, steigenden Schuldenlasten, Druck auf Arbeitsbedingungen und –rechte steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Es besteht die reelle Gefahr, dass die Länder und ihre Bevölkerungen sich noch stärker verschulden, was immer Gefahren für Europa und seine Mitgliedsstaaten mit sich bringt...

Seite 1 letzter Absatz:

„Der EGB erklärt, dass dieser Ansatz für die europäischen Gewerkschaften völlig inakzeptabel ist und wird auf allen Ebenen dafür kämpfen.“

Die Kernaussage des Manifestes lautet:

*„Für einen **europäisches „New Deal“** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Sparpolitiken, Kürzungen bei Löhnen, der sozialen Sicherheit und den öffentlichen Dienstleistungen; **für eine europäische Wirtschaftsregierung, die den Interessen der Menschen in Europa dient und nicht den Märkten.** Dazu gehören u.a. qualitatives Wachstum, Vollbeschäftigung und die Stärkung des europäischen Sozialmodells. Wichtige Beispiele hierfür sind: eine Finanztransaktionssteuer, die Harmonisierung der Körperschaftssteuer- Bemessungsgrundlage, Mindeststeuersätze im Rahmen der Unternehmensbesteuerung, Schritte zur Einführung von Eurobonds sowie Maßnahmen zum Schutz von Zukunftsinvestitionen vor blinden Sparpolitiker.“* (Manifest siehe Anlage)

Vor Kongressbeginn war es zu einem Treffen des Generalsekretärs des EGB, John Monks, mit dem Vorsitzenden der Europäischen Linken, Pierre Laurent und der stellvertretenden Vorsitzenden Maite Mola.

Inzwischen, sechs Jahre später, werden Vorbereitungen für den 1. Mai 2020, dem Ende des zweiten Jahrzehnts getroffen. Höchste Zeit sich des Athener Manifestes zu besinnen und 3s nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Ein gewerkschaftliche New Deal für Europa ist aktueller denn je. Aber zu seiner Verwirklichung gehören, wie sich erwiesen hat, auch verdammt viele gewerkschaftsnahe Verbündete.

Mai ein Zwillingsmonat: internationaler Kampf-und Feiertag und Europawahlen

Was immer die Gründe sein mögen, seit 2014 gab es in einem Jahrzehnt zweimal Europa-Wahlen und den Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse in einem Monat. Der 1. Mai wurde genutzt zur gewerkschaftlichen Vorbereitung der Wahlen

So nahm der Europäische Gewerkschaftsbund drei Jahre nach Verkündung des Athener Manifestes die letzte Sitzung des Europaparlamentes am 25. Mai 2014 zum Anlass unmittelbar vor dem 1. Mai, am 4. April 2014, in Brüssel, dem Hauptsitz der EU eine große internationale Demonstration seiner Mitgliedsgewerkschaften durchzuführen. Sie bekräftigte die Athener Forderung der Gewerkschaften für einen Neuen Kurs in der Europapolitik. Die EU dürfe nicht mehr nach der Pfeife des Finanzkapitals tanzen. Aus den umliegenden Mitgliedsländern der EU nahmen über 50 000 Gewerkschafter an der Demonstration teil. Spezielle Einsatzkommandos der Polizei hatten das moderne Parlamentszentrum mit Sitz der Brüsseler Kommission hermetisch abgeriegelt. Sie hielten die Demonstranten auf Sichtweite in Schach. Veranstaltungsteilnehmer Empfanden das Auftreten der Sicherheitskräfte als provokatorischen Akt gegen ihre friedlichen Absichten und begannen sich ihrer Enttäuschung

und ihrem Zorn Luft zu machen. Hatte sich doch die Brüsseler Exekutive gegenüber dem Athener Manifest mit seiner Forderung nach einer neuen sozialen Europa-Politik taub gestellt. Die Gewerkschaften des EGB nicht etwa zum Boykott aufgerufen, sondern wie in den Jahren zu vor aufgerufen, jene Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen, die sich für die Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbundes „A New Path for Europe“ einsetzen.

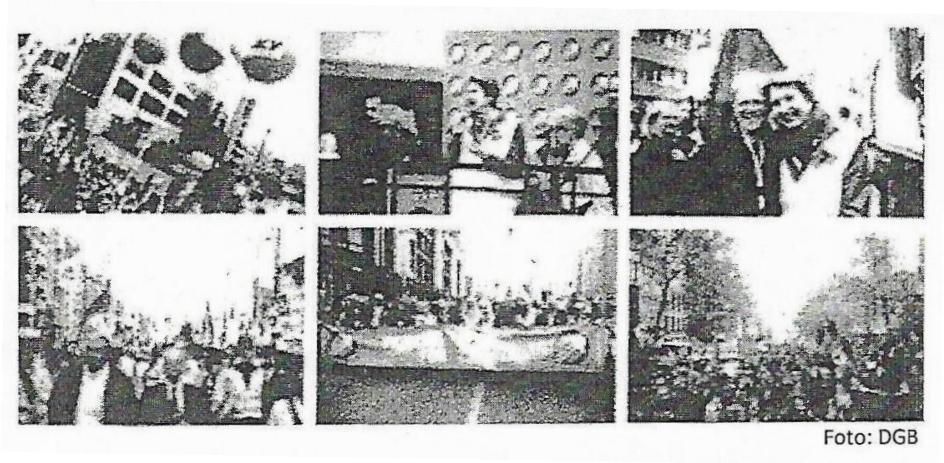


Foto: DGB

1. Mai 2014 – Motto des DGB: „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“

Aus dem Mai-Aufruf des DGB:
„Europas Krise ist längst nicht ausgestanden. Niedrige Wachstumsraten, hohe Arbeitslosigkeit, vor allem unter jungen Menschen und zunehmende Armut – die Folgen der rigorosen Sparpolitik. Diese Politik muss gestoppt werden wie der Abbau von sozialen Errungenschaften und Arbeiterrechten“. (Aufruf siehe Anlage)

Zum Verlauf des 1. Mai teilte der DGB mit, dass in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) 403 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte auf 493 Veranstaltungen „für gute Arbeit und ein soziales Europa“ demonstrierten

Michael Sommer, Bundesvorsitzender des DGB, erläuterte in seiner Rede auf der zentralen Maikundgebung in Bremen:*„Wir werden weiter Druck machen für einen gesetzlichen Mindestlohn ohne jegliche Ausnahme, für humane Arbeitsbedingungen und gegen prekäre Beschäftigung. Keine Stunde dürfe billiger sein als 8,50 Euro.“*
Heute geht es um eine weitere Erhöhung des Mindestlohnes. Der DGB fordert 2020 eine Untergrenze von 12,35 Euro die Stunde. Ein reiches Land wie die BRD müsse es sich leisten können.

Verschiedene Einzelgewerkschaften und Landesbezirke des DGB gaben, den Örtlichkeiten Rechnung tragend, eigene Aufrufe heraus und präzisierten das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Der Mai- Aufruf des DGB Hessen-Thüringen wendet sich an alle, die mit ihrer täglichen Arbeit die Werte schaffen, wie auch an alle durch das kapitalistische System davon Ausgeschlossenen.
„Die Einstellung und Rücknahme menschenverachtender „Reformen“ des Sozialsystems! Hartz IV muss weg.“ So müsse der Existenz sichernde Mindestlohn (dürfe) nicht unter 10,50 Euro/Stunde liegen. Ferner wurde häufiger die konsequente Vertretung von Arbeitszeitforderungen bei vollem Lohnausgleich und eine und ferner eine Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges verlangt.
Zu den Friedensforderungen gehörte: *„ Keine Kriegseinsätze und keine kriegsunterstützende Aktivitäten der Bundeswehr im Ausland“, „Keine Polizeiaufgaben für die Bundeswehr im Inland!.“*
Im Interesse des Gemeinwohls wurde gefordert*: „Staatliche Kontrolle der Großbanken und Schlüsselindustrien! Verursacher der Finanzkrise zur Rechenschaft ziehen!“*

Gewerkschaftsübergreifendes Interesse am 1. Mai wächst
Zum Tag der internationalen Arbeit riefen in der Bundeshauptstadt neben den DGB Gewerkschaften wieder verschiedene Parteien, Organisationen und antifaschistische und demokratische Initiativen zur Teilnahme an den traditionellen gewerkschaftlichen Maiveranstaltungen und an ihren eigenen Meetings sowie zu bezirklichen und Kiez-Treffen wie in Spandau , Marzahn und Köpenick auf. Gemeint sind jene die das internationale Grundanliegen des 1. Mai vertreten und ebenso wie der DGB sich dem Missbrauch des 1. Mai durch die NPD und der AFD sowie wie der mit ihnen liierten Verbindungen entgegen stellen. Sie widerspiegeln die aufgekommenen verschiedenen linken Strömungen denen die DGB-Demonstration nicht ausreicht. Über die Zukunft des1. Mai als gemeinsame und Dach bleibt dringend nachzudenken.

Über 10 000 Teilnehmer zählte der DGB an der Demonstration vom Gewerkschaftshaus am Hackeschen Markt zum Platz des 18. Marz am Brandenburger Tor. Dort wurden sie von den bereits an den Ständen auf der Straße 17. Juni in großer Zahl anwesenden Teilnehmern der Maifeierlichkeiten begrüßt.

In Kreuzberg platzte das von der Partei DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg gemeinsam mit Initiativen und Vereinen veranstalteten 13. Myfest aus allen Nähten. 40 000 Bürger waren gekommen. Sie wiederspiegelten besonders die multikulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Kreuzberg über die unmittelbare Umgebung des Mariannenplatzes hinaus.

25 000, vor allem Jüngere, waren an den Demonstrationszügen autonomer Gruppen beteiligt. Sie verstehen sich als revolutionäre Alternative zu den genannten Veranstaltungen.
Außerdem fanden am Vorabend des 1. Mai verschiedene stark besuchte örtliche Veranstaltungen statt. Genannt sei die Walpurgisnacht am Boxhagener Platz im Ortsteil Friedrichshain.

Über 7 000 Polizisten waren in Berlin in Bereitschaft. Sie warteten die meiste Zeit vergebens auf Einsatzbefehle, sieht man von einzelnen Scharmützeln ab. Beobachter, die Berliner Polizei und die Innenverwaltung registrierten einen weitgehend friedlichen Verlauf.
Für den Kampf gegen die Neonazis war das Verhalten der Polizei in Berlin Schöneweide für Antifaschisten keineswegs ermutigend. Die Polizei schirmte eine NPD-Kundgebung erneut gegen den Protest der Antifaschisten ab.

Überfall auf Mai -Kundgebung in Weimar- NPD Veranstaltungen in Bundesländer
Mehr oder weniger hatte die NPD am 1. Mai 2014 in fast allen Bundesländern eigene Aufmärsche und Provokationen organisiert. Zu Schwerpunkten wurden die Länder Nord-Rhein-Westfalen und Thüringen gerechnet.

In Weimar stürmte eine Gruppe von ca. fünfzig schwarz gekleidete Neo- Nazis die vom DGB,, SPD und DIE LINKE organisierte Mai-Kundgebung Wie eine Polizistin der Polizeiwache Spiegel Online mitteilte seien die Angreifer plötzlich aufmarschiert und hätten die Teilnehmer der Maikundgebung während der Rede des Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider angegriffen, sich des Mikrophons bemächtigt und rechte Parolen verbreitet. Danach gelang es ihnen den Strom abzuschalten. Offenbar waren die Angreifer zu neofaschistischen Veranstaltungen im nahe gelegenen Erfurt und Saalfeld In beiden Orten hatte starke Gegendemonstrationen gegeben. Vier Gewerkschafter wurden verletzt. Es folgten 20 Festnahmen.

1. Mai 2015 Motto des DGB: „Die Arbeit der Zukunft gestalten wir“

Weltweite Bedrohung der Arbeiterrechte am Vorabend des 1. Mai

Ein Paukenschlag aus Genf beeinflusste schon die Vorbereitung des 1. Mai 2015. Die in der 1920 gegründeten Internationalen Arbeitsorganisation ILO vertretenen Unternehmerverbände wollen seit 2012 das Streikrecht nicht mehr als Teil der ILO Kernarbeitsnormen anerkennen. Die ILO ist die einzige Organisation der Vereinten Nationen UNO mit Drittel Parität. Sie wird ausgeübt von Vertreter/innen der Mitgliedstaaten, der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften.

Hände weg vom Streikrecht Quelle: DGB

Bereits zum 18. Februar 2015 hatte der Internationale Gewerkschaftsbund IGB zu einem Aktionstag zur **Verteidigung des Streikrechtes** aufgerufen. Siehe den als Anlage beigefügten Aufruf. Unmittelbar nach dem 1. Mai, im Juni 2015, nahm der 4. Ordentliche Bundeskongress von ver.di zur Frage des Streikrechts Stellung.

Beschluss des 4. Ver.di - Bundeskongresses:

ver.di weist den gemeinsamen Vorstoß von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Arbeitgebergruppe bei der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) zurück, nachdem nach über 60 Jahren das umfassende Streikrecht nicht länger als Bestandteil des Übereinkommens 87 der der ILO anerkannt werden soll. ver.di sieht darin auf internationaler Ebene einen elementaren Angriff auf das Streikrecht und die Gewerkschaften, den ver.di nicht dulden wird.

ver.di schließt sich der Rechtsauffassung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) an, der feststellt: "*Das Streikrecht und das Recht auf Vereinigungsfreiheit sind untrennbar miteinander verbunden*".

ver.di weist alle Bestrebungen zurück, die darauf zielen, die Anerkennung eines faktisch international geltenden Streikrechts im Rahmen des IAO- Abkommens Nr. 87 in Frage zu stellen und dadurch das Streikrecht international wie auf nationaler Ebene zu schwächen. Solche Versuche, die auf eine systematische Schwächung der IAO und ihres Normenkontrollsystems zielen, müssen zurückgewiesen werden.

„Auch am heutigen 1. Mai 2015 symbolisiert der internationale Tag der Arbeit das Ringen und die offene Auseinandersetzung der Gewerkschaften für gute Arbeit und gutes Leben und für mehr soziale *Gerechtigkeit. Deshalb sagen wir, deutlich und klar Selbstbewusst: Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“*
Reiner Hoffmann, zentrale DGB-Kundgebung Berlin.

1. Mai in Berlin

Als Kundgebungsort wurde wie schon in den letzten Jahren der Platz des 18. März an der Westseite des Brandenburger Tores ausgewählt. Die Begrüßung erfolgte durch Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg. Die Hauptrede hielt Reiner Hoffmann DGB-Vorsitzender. Internationaler Gastredner war Lesley Mercer, TUC-Präsident aus Großbritannien. Wieder wurden vom Veranstalter 10 000 Teilnehmer an der Demonstration vom DGB Gebäude am Hackeschen Markt zum Veranstaltungsgelände auf der Straße des 17. Juni genannt. In Sprechchören wurde gefordert *„Von Arbeit muss man leben können.“*

Tribüne Bild aus Morgenpost 2015 © Wolfgang Kumm/dpa Quelle: Zeit.de

Ansprache Reiner Hoffmann:
Globalisierung mache keine Pause, allerdings erleben wir auch seit vielen Jahren, dass die Früchte der Globalisierung immer ungleicher verteilt sind. Was wir brauchen, ist nicht Deregulierung sondern robuste Leitplanken und faire Spielregeln, damit nicht nur wenige, sondern alle Menschen an den Vorteilen und Gewinnen der Globalisierung teilhaben.
Es folgten beachtenswerte Fakten zur realen Lage für den gewerkschaftlichen Alltag:

Erinnerungen werden wach

1. Mai „An die Zukunft Denken“, aber Ludwig Erhard nicht vergessen!

Ludwig Erhard, Kanzler Nachfolger von Konrad Adenauer, bekräftigte am 18. Oktober 1963, in seiner Regierungserklärung als wirtschaftspolitisches Ziel „Wohlstand für alle“ und die damit zusammenhängende Eigentumsfrage. So lange es Kapital und Arbeit gibt, solange besteht auch der Gegensatz zwischen ihnen bestehen. Zumal der produzierte Reichtum nicht dem Arbeiter sondern dem Eigentümer gehört. Mit seiner Schöpferkraft schaffte Erhard dann

auch zwei Jahre später auf dem CDU-Parteitag, am 31. März 1965, die Klassengesellschaft ab: „Die deutsche Gesellschaft von heute ist keine Klassengesellschaft mehr. (…) Diese Gesellschaft von heute ist keine Gesellschaft von kämpfenden Gruppen mehr. Sie ist immer mehr im Begriff, Form zu gewinnen, das heißt sich zu formieren (…) Die Union , meine Freunde, ist heute als der ständige Appell an unser Volk zu begreifen, sich zu einer großen Willenseinheit zusammenzuschließen."
So erfand der „Vater des Wirtschaftswunder" und der „Sozialen Marktwirtschaft" die Verwandlung der Klassengesellschaft in eine klassenlose Gesellschaft und den Weg zur formierten Gesellschaft. Die Gewerkschaften ließen sich das nicht gefallen und entwickelten eine breite Protestbewegung gegen eine Wiederbelebung reaktionärer Volksgemein-schaftsideen. Wie recht sie behielten zeigt die sich geradezu rasant vollzogene soziale Spaltung der Gesellschaft. Wenigen Reichen steht die Mehrheit gegenüber die ihre Arbeitskraft nach wie vor verkaufen muss

Erstausgabe Februar 1957; Nachdruck 2014, Handelsblatt GmbH

2.März 2015 - Rudi Dutschke im Blickpunkt der Wochenzeitung „Das Parlament" Nr.10
Anlass der Erinnerung an Rudi Dutschke war dem parlamentarischen Wochenblatt der 75. Todestag dieses unerschrockenen Kämpfers für Demokratie.
Die Chronisten des Springer-Konzerns räumen in ihrer Berichterstattung auch über den 1. Mai stets vorrangig und vordergründig Platz dem Eingreifen der Polizei ein. Gretchen Dutschke erinnert in der Biographie über ihren Mann an den 11. April, Tag des Mordanschlages: *„Als sich die Nachricht vom Attentat wie eine Feuersbrunst verbreitete, sammelten sich noch am 11. April Tausende von Menschen vor dem Springer-Hochhaus. Es gab keinen Augenblick Zweifel daran, wer der eigentlich Schuldige am Anschlag war."*

Kritische Gewerkschafter verlangen deshalb wie auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall eine außerordentliche Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften, die Bewahrung ihrer Einheit, ein massives Wachstum ihrer Mitgliedschaft sowie die kritische Überprüfung der sozialpartnerschaftlichen Verstrickungen. Mehr denn je sind wechselseitig Verbündete für die Gewerkschaften erforderlich, um den gegenwärtigen Trend nach rechts in der Gesellschaft zu stoppen und eine Trendwende nach links in der Gesellschaft zu öffnen.

1. Mai 2016 Mai Motto des DGB: „Zeit für mehr Solidarität"

14 000 Menschen beteiligten sich nach Angaben des DGB in Berlin an der traditionellen Kundgebung des DGB.
Der Maiaufruf des DGB 2016 ist geprägt von der großen Herausforderung zur Solidarität zwischen den Einheimischen und den hunderttausenden die vor Krieg, Terror und sozialem Elend Geflüchteten. „Solidarität geht nur gemeinsam mit gleichen Rechten für alle Beschäftigten." und verpflichtet: "… uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz; Rassismus und Antisemitismus. Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten."
Aber „Anonymus" verhinderte jeglichen Hinweis auf die Regisseure, Kriegsgewinnler und Rüstungsproduzenten, den Urhebern von militärischen Konflikten und Kriegen, von Not und Elend. Darunter auch die Einheimischen. K.H.W. Busch bezeichnete das angerichteten

Blutvergießen als Kreuzzüge. Einst, im frühen Mittelalter, wurden sie unter anderem von Kaiser Barbarossa zur Befreiung des Heiligen Landes geführt.

Stefan Körzell, DGB- Vorstandsmitglied erläuterte als Hauptredner den Aufruf und führte aus: „Es war und ist richtig, dass die Kanzlerin gesagt hat wir können das schaffen.“ Er fügte aktuelle Ergänzungen hinzu in Bezug auf soziale explosive Konflikte wie der Wohnungsfrage, Charakterisierung der Vertiefung der sozialen Spaltung der Gesellschaft und dem bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2016 unübersehbaren Anwachsen des Einflusses der AFD. Deren Politik ist gegen die Lohn-und Gehaltsempfänger gerichtet. „Die Flüchtlinge haben bei uns eine Zukunft. Korzell schloss seine Rede mit der Forderung nach einem klaren Kurswechsel für ein soziales Europa im Sinne des Athener Manifestes von 2011 des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Der Maitradition verpflichtet fühlend fanden wie schon in den Vorjahren zahlreiche weitere Veranstaltungen wie das Myfest in Kreuzberg und revolutionäre Demonstrationen statt und Aktionen gegen rechte Aktivitäten.

Der großenteils friedliche Verlauf findet Beachtung in verschiedenen Medien. Besondere Beachtung findet neben den DGB- Veranstaltungen das Myfest in Friedrichshain-Kreuzberg, initiiert von Die Partei der Linken als Magnet für Familien, Touristen und Gewerkschafter. Nicht Wenige hatten zuvor an der Demonstration des DGB teilgenommen.

Geschichte wachhalten:

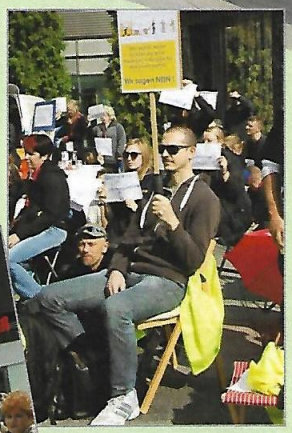
Am 1. Mai 1916 trat der linkssozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht unter den Ausnahmegesetzen des 1. Weltkrieges auf einer Antikriegsdemonstration am Potsdamer Platz auf. Als er die Beendigung des Krieges forderte und nieder mit der Regierung rief, wurde er verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt und mit vier Jahre Zuchthaus bestraft. Die Solidarität mit Karl Liebknecht führte 1916 zum ersten politischen Massenstreik im 1. Weltkrieg und kurz vor der Novemberrevolution zur vorzeitigen Haftentlassung.

Kurz vor dem **1. Mai 1946** begann der **Nürnberger Prozess**. Es war ein Militärtribunal der vier Siegermächte gegen die Hauptkriegsverbrecher. Die höchsten Vertreter des Nazi-Staates saßen auf der Anklagebank. Die 12 Nürnberger Nachfolgeprozesse unter der Regie des amerikanischen Chefanklägers Telford Taylor beschäftigten sich mit den Banken, Juristen, Diplomaten und Generälen.

1. Mai 2017 Motto des DGB: „Wir sind viele. Wir sind eins.“- „Für soziale Gerechtigkeit.“

Bundesweit haben sich laut DGB 360 000 Menschen an knapp 500 eigenen Veranstaltungen beteiligt. Für Berlin wurde die Gesamtteilnehmerzahl an den Maiveranstaltungen auf dem Platz des 18. März und auf der Straße des 17. Juni mit 14 000 Menschen zur Mai-Kundgebung und gewerkschaftlichen Familienfest beziffert. Zu den größten weitere Veranstaltungen zum 1. Mai in Berlin ist das Myfest im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu zählen, Zeitweise mussten wegen Überfüllung einige Zugänge gesperrt werden.

Wir wollen eine Lohnangleichung
ABER euer Dank ist nur die STREICHUNG
GUTES KANN
BILLIG SEIN !!!
GILT DAS AUCH
FÜR MITARBEITER
KL Buch



Karstadt begeht Tarifflucht!
Wir fordern
Tarifbindung für Karstadt!

Seit dem 1. Mai 2016 sind besorgniserregende Veränderungen eingetreten.
Die weltweite soziale Spaltung zwischen Kapital und Arbeit hat sich weiter vertieft. Ronald Trums hat mit seiner rücksichtslosen Interessenpolitik „Amerika First“, durch Hochrüstung, Kriegsverbrechen, Bruch nach 1945 erkämpften Völkerrechts und erpresserische Sanktionspolitik die Welt einem Krieg näher zu bringen.. Die Verhängung von Sanktionen gegen Länder und Kapitalgruppen die im Wege stehen, führen zu Handelskriegen nicht nur mit den Großmächten. In Europa ist der Brexit nicht der Ausbruch der Krise der EU wie häufig behauptet wird, sondern ein Ausdruck der Krise der permanenten der EU. Denken wir nur an die finanzielle Erdrosselung, nicht nur südosteuropäischer Staaten durch das Deutsche- und internationale Finanzkapital. Kapital und staatliche Macht erweisen sich als hochgradig verfilzt. Die Rüstungsschraube wird systematisch angezogen bis zwei Prozent des Brutto- Inlandsproduktes für die NATO- Rüstung. Zu der bisherigen Stationierung von Atomwaffen auf deutschen Boden drohen neue hinzu kommen. Zur Begründung wurden aus alten, neue Feindbilder gemixt, vorhandener staatlicher Ordnungen zerstört und kriegerische Auseinandersetzungen angezettelt. Der Rüstungsmoloch hat Hochkonjunktur.

Der DGB appelliert in seinem Mai-Aufruf-2017 an das Geschichts-Bewusstsein:
Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, gegen Rassismus und Antisemitismus. Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.“

Dem Referat Reiner Hoffmanns (Bild rechts) auf der DGB Kundgebung in Gelsenkirchen sind folgende aktuelle Angaben zur Lebenslage entnommen:

Foto: DGB/Detlef Eden Quelle: dgb.de

- Wir hatten noch nie so viel Erwerbstätige wie jetzt mit 32 Millionen sozialversicherungs-pflichtigen beschäftigten.
- Wir haben immer noch 2,5 Millionen Arbeitslose
- Allein sieben Millionen Beschäf-tigte arbeiten im Niedriglohnsektor. Sie verdienen weniger als 9,60 die Stunde.
- Acht Millionen Frauen arbeiten in Teilzeit- viele davon würden lieber mehr Stunden arbeiten.
- Die Befristungen bei Arbeitsplätzen haben einen neuen Höchststand erreicht.
- Der strukturelle Wandel zu modernen Industrien ist noch lange nicht abgeschlossen.
- Bundesweit gibt es über eine halbe Million älterer Arbeitslose. Sie haben es schwerer als alle anderen einen neuen Arbeitsplatz zu finden.
- In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der befristet Beschäftigten verdreifacht. Von knapp 900 000 auf 2,3 Millionen! Gerade junge Menschen sind davon besonders betroffen.
- Tarifflucht: Beschäftigte ohne Tarifverträge verdienen 20-30 Prozent weniger, müssen drei Stunden in der Woche mehr arbeiten und haben vier Tage weniger Urlaub.
- Aber immer mehr Arbeitgeber begehen nicht nur Tarifflucht sondern versuchen auch, sich aus der Mitbestimmung zu verabschieden und wollen ihre Betriebe zu mitbestimmungsfreien Zonen degradieren. Allzu oft mit der Androhung von Entlassung verbunden.
- Der Behinderung oder Verhinderung von Betriebsratsarbeit muss ein Riegel vorgeschoben werden.

- In den Vermögensabteilungen der Banken rechnen sie damit, dass in den nächsten Jahren 2 bis 4 Billionen Euro vererbt werden! Eine Billion schreibt man mit 12 Nullen. In eine Billion passt der Bundeshaushalt dreimal rein. (Erbenrepublik)
- Mehr soziale Gerechtigkeit heißt auch mehr Steuergerechtigkeit.
- Es ist völlig klar: Europa ist in keiner guten Verfassung. Kurswechsel, weg von der neoliberalen Politik auf allen Ebenen.

Auch in weiteren Ansprachen wurde daran erinnert, dass das laufende Jahr ein Superwahljahr ist und im September die Bundestagswahlen stattfinden. Die Gewerkschaften setzen sich für soziale Gerechtigkeit auf allen Lebensgebieten ein, von den Löhnen, der Arbeitszeit und Renten, der Altenpflege und dem Bildungssystem. Sie unterstützen am 13.10. 2017 die Demonstration der 200 000 für „Unteilbare Solidarität“.

Geschichte unvergessen:
1917 war ein Kriegsjahr wachsenden Kriegsunwillens und des Widerstands gegen den Hunger. In Russland begann im Februar 1917 die bürgerliche Februar Revolution gegen das absolutistische Kriegs-und Zarensystem. Die gewerkschaftliche Burgfriedenspolitik verlor in Deutschland an Einfluss. Der deutsche Kaiser sah sich genötigt Wahlrechtsänderungen anzukündigen, aber erst für die Zeit nach dem Kriege. Als Mitte April erneut eine Kürzung der Kartoffel-und Brotrationen erfolgte, brach am 16. April 1917 der Aufstand aus und endete am 23. April 1917. In Berlin, Halle, Braunschweig, Magdeburg, Bremen und anderen Industriestädten streikten vor allem die Metallarbeiter. Allein in Berlin begann der Streik in 319 Betrieben, vorwiegend in Rüstungsbetrieben. 300 000 Beschäftigte legten die Arbeit nieder. Die Führung des Streiks lag in Händen der Obleute mit dem Berliner Branchenleiter der Dreher im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) Richard Müller.

1. Mai 2018 Motto des DGB: “Wir stehen für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Dafür kämpfen Gewerkschaften!“

Der DGB teilte mit, dass sich an den Gewerkschaftsveranstaltungen 340 000 Bürger beteiligten. Damit sank die Teilnehmerzahl leicht gegenüber dem Vorjahr bei gleichbleibend 500 Veranstaltungen. In Berlin war ein Anstieg der Teilnehmer auf 14 000 zu verzeichnen. Die Naturfreunde waren am 1. Mai auch wieder dabei.

Wie stets vor dem 1. Mai verbreitete Tatarenmeldungen über mögliche Auseinandersetzungen fanden diesmal keinen Nährboden. Dieser 1. Mai fand inmitten der Betriebsrätewahlen, zwischen den Monaten März und Mai 2018 statt.
Was passierte auf internationaler Betriebsratsebene? Schreitet wie bei Amazon die Amerikanisierung der Arbeitsverhältnisse weiter? Der Historiker Paul Buschek teilte mit, dass es gegenwärtig 1 150 europäische Betriebsräte gäbe. Weitere Landtagswahlen stehen bevor. Der Abwärtstrend vor allem für die SPD, aber auch für die CDU. Die AFD konnte ihrem Anstieg fortsetzen und schlug weitere Pfosten für den Rechtstrend ein. Das klassische bundesrepublikanische Parteiensystem ist ernsthaft ins Wanken geraten. Beide Koalitions-parteien, sie verstehen sich selbst noch als Volksparteien, bekamen ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis seit 1949 verpasst. Trotzdem führen sie die

Regierungsgeschäfte als Große Koalition fort. Sie versprechen jedoch in der Koalitions-Vereinbarung, auch mit Blick auf die Gewerkschaften, sich zu bessern. Die Gewerkschaftsredner stellten die CDU/SPD Bundesregierung zur Rede.

Brot, Klima und Völkerfrieden gehören zusammen

Eine Journalistin befragt ältere Gewerkschaftsteilnehmer. Ein 82 jähriger, ein ehemaliger Lehrer aus Lichtenberg erzählt "Früher im Osten, an der Karl-Marx-Allee, jetzt hier". Auf die Frage was sich verändert habe in den registriert wie der Berliner DGB-Vorsitzende den Sinn des diesjährigen 1. Mai und die Politik des jetzigen Senats charakterisierte. Wir demonstrieren „für gute Arbeit und anständige Löhne", aber auch gegen gesellschaftliche Spaltung und Ausgrenzung. „Die Friedensfrage wird uns zu wenig besprochen, das soziale ist eigentlich gut abgedeckt. Aber man hat ja Sorge, dass Kriege ausbrechen können."

Einst sagte der sozialdemokratische Verteidigungsminister Struck „unsere Freiheit" müsste am Hindukusch verteidigt werden. Damit begann die deutsche Beteiligung am Trauerspiel von Afghanistan, Theodor Fontane beschrieb bereits 1857 den katastrophalen Ausgang des ersten der drei anglo-afghanischen Kriege (1839-1842). Briten und Russen versuchten damals, die koloniale Vorherrschaft in Zentralasien zu erringen. In der Ballade ‚Das Trauerspiel von Afghanistan' (1857) verurteilte er den Krieg als sas Trauerspiel. Ein Vers der Ballade lautet:

„Wir waren dreizehntausemd Mann, von Kabul unser Zug begann, Soldaten, Führer, Weib und Kind, erstarrt, erschlage, verraten sind."

Heute werden die geopolitischen Ziele und das Profistreben immer häufige mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen usw. begründet. Die Rüstungsproduktion wirkt im Zeitalter der Digitalisierung in der Wirtschaft wie ein Polyp. Der Feind steht auch im Zeitalter der Globalisierung immer noch im eigenen Land und rechts.

Abbildung von Theodor Fontane Quelle: zeit.de

Die zentrale Kundgebung fand in Nürnberg mit Reiner Hoffmann statt.

Die Regierung beim Wort nehmend, forderte Hoffmann in seiner Rede: „Die Regierung muss jetzt liefern. Wir akzeptieren keine Ausnahmen, keine Hintertürchen und keine Verzögerungstaktik… „Kein weiter so erwarten wir von der neuen Bundesregierung" Hoffmann definierte die aktuellen sozialen- und bildungspolitischen Forderungen der Gewerkschaften. Bei der Vollbeschäftigung ginge es nicht um irgendeine Arbeit sondern um Vollbeschäftigung bei guter Arbeit, ordentlich bezahlt, mit korrekt bezahlten Arbeitszeiten und unbefristet. Der DGB Vorsitzende betonte, dass die Gewerkschaften anständige Tarifverträge für alle wollen. Angesichts der anhaltenden Tarifflucht der Unternehmer, mittlerweile nur jeder zweite Beschäftigte den Schutz des Tarifvertrages genieße. Allerdings bleibt unerwähnt, dass in bundesweiten Durchschnittsrechnungen die noch miesere Lage in den ostdeutschen Ländern unerwähnt bleibt. Zum Erhalt des **Flächentarifvertragssystems** werde von der neuen Bundesregierung gefordert: „Erleichtert die **Allgemeinverbindlichkeit** von Tarifverträgen!" Kritiker merken an, dass dieses Thema allerdings fast so alt ist wie die Tarifpolitik in der Bundesrepublik. Es handelt sich doch wohl um einen Krebsschaden im kapitalistischen Ausbeutungssystem wurzelt.

Den diversen, häufig lückenhaften Informationen der Medien ist zu entnehmen, dass Das zentrale DGB Motto fand in Regionalveranstaltungen des DGB und die der Einzelgewerkschaften Anwendung..
Zum Tag der Arbeit in Ostbrandenburg ist im Aufruf zu lesen, das fast jeder zweite Beschäftigte atypisch beschäftigt ist (Teilzeit, Aufstocker, Befristete), über 20 Prozent arbeiten im Niedriglohnbereich und nur 25 Prozent der Betriebe haben einen Tarifvertrag.
Leider muss hinzugefügt werden, damit ist die gegenwärtige Tarifbindung auf das von der internationalen Troika hervorgerufenen in Griechenland gesunken ist.
Der Forderungskatalog in Ostbrandenburg endet bei unserem Kontinent: „Europa ….darf nicht scheitern. Stärkt ein soziales und solidarisches Europa!“

Geschichte wachhalten: Vor 100 Jahren, am 9. November 1918 hatte die November-Revolution auch die deutsche Hauptstadt erfasst. Ihr Ausgangspunkt war die Hochseeflotte in Wilhelmshaven. Die Matrosen hatten sich am 29. Oktober geweigert in einer militärisch sinnlosen Schlacht gegen die Royal Navy verheizt zu werden. Sie verweigerten den Befehl, hissten auf ihren Schiffen die rote Flagge und entwaffneten die Offiziere. Die Revolution griff schnell auf Kiel, Hamburg und schließlich Berlin über. Karl Liebknecht und Philipp Scheidemann riefen die Republik aus. Der Kaiser dankte ab und eilte in sein holländisches Exil. Nachzulesen im Konferenzband zum öffentlichen Symposium. „Die November-Revolution und ihre Räte 1918/19“ am 9. Mai 2018 in Berlin-Marzahn. Nicht verwechselbar mit alle Macht in den DAX- und Bankenaufsichtsräten. Es ging 1918/19 um die Macht der Räte des Volkes.

2019 1.Mai Motto des DGB: „Europa. Jetzt aber richtig!“

Foto: DGB/ Gregor Henker Quelle: dgb.de

Bundesweit stieg die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr auf 381 000 an den Gewerkschaftsveranstaltungen ein wenig an. In der Bundeshauptstadt wurden etwa 14 000 Teilnehmer geschätzt, davon etwa 8 000 an der Demonstration vom Sitz des Bundes-Vorstandes des DGB am Hackeschen Markt zum Kundgebungsort „Platz des 18. März“ am Brandenburger Tor und zum Festplatz auf der „Straße des 17. Juni.“

An der Demonstration und Kundgebung nahmen an der Seite von Christian Hoßbach, Vorsitzender des DGB Berlin- Brandenburg führende Politiker des Rot-Rot- Grünen Senats teil mit dem Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD), der Vizebürgermeister Klaus Lederer (DIE LINKE)) und die Sozialsenatorin Elke Breitenbach (DIE LINKE). Michael Müller richtete ein Grußwort an die Kundgebungsteilnehmer.

Aufmerksam und mit Zustimmung wurde registriert, dass wieder einige klassischer Lieder der Arbeiterbewegung auf dem Festplatz erklangen.

2019 erneut ein Doppelereignis: 1. Mai und Europawahlen
Wieder finden Europawahlen im Monat des Internationalen Kampftages der Arbeiterklasse statt. Im Mai-Motto des DGB wird zehn Jahre später an die Forderung des Athener Manifest (2011) des Europäischen Gewerkschaftsbundes für einen Kurswechsel in der EU angeknüpft. Diesmal muss aber gefordert werden: „Jetzt aber richtig!“ Dieses dringende Gebot war auf den Mai-Veranstaltungen aller demokratischen Kräfte von früh bis spät unüberhörbar. Mit Blick auf die Europawahlen sagte Sonja Staack, stellvertretende Landesbezirksvorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg: „Dieses Jahr demonstrieren wir im ganzen Land unter dem Motto: „E*uropa – jetzt aber richtig!“ … Und für uns ist klar: Dieses Europa wird entweder sozialer oder es wird scheitern….Wenn man einen gemeinsamen Binnenmarkt schafft, dann muss man auch gemeinsame Sozialstandards schaffen.“*
Den Gewerkschaften muss zu Gute gehalten werden, dass sie bereits 20010 zum Abschluss der Lissabonner Verträge eine Kampagne führten für die Annahme einer entsprechenden Sozialcharta. Derartige Sozialstandards gehören zum Kurswechsel und in die europäischen Grundsatzverträgen festgeschrieben zu werden. Vor zehn Jahren wanderten entsprechende Vorschläge in den großen Brüsseler Papierkorb. Das soll sich nicht wiederholen.

Reiner Hoffmann zu gewerkschaftlichen Grundanliegen in den ost-deutschen Länder

„Bis heute haben die Politik, aber auch die Unternehmen es nicht geschafft gleichwertige Lebensbedingungen zwischen Ost-und West herzustellen. Lasst uns endlich dafür sorgen… Das ist überfällig seit Langem! Dafür setzen wir Gewerkschaften uns ein.“
Es ist nicht zufällig, dass sich im Kapital kräftigsten Land Europas das Kapital das Sagen hat.
Aber ganz so schlimm sei es nicht, da vieles erreicht wurde. In den Unternehmen, in denen Tariflöhne gezahlt werden, sei die Lohnlücke zwischen Ost-und Westdeutschland nahezu geschlossen. Zugleich stellt Hoffmann aber auch fest, dass infolge anhaltender Tarifflucht nur noch 44 Prozent der Beschäftigten Tariflöhne erhalten und drei bis vier Stunden länger arbeiten müssen. Zustimmung erhielt Hoffmanns Forderung, Tarifverträge müssen wieder überall gelten und die Allgemeinverbindlichkeit erleichtert werden. Neu sind diese Forderungen allerdings nicht.
Gerade der 1. Mai ist immer wieder Anlass, die Arbeitszeitfrage als existenziellem Problem zu behandeln, nicht nur seines historischen Ursprungs und des digitalen Zeitalter wegen sonder weil seit 1993, das ist 27 Jahre her, vor allem die IG Metall für die 35 Stunden Woche noch ohne Erfolg auf den Plan trat. Auf der Leipziger Kundgebung fanden auch die Rentenpolitik und die Wohnungsfrage und die EU-Länder übergreifende Sozialstandards gebührende Beachtung.

AFD: „Das sind die Totengräber eines weltoffenen Europas“

Der Appell „Stärkt mit Eurer Stimme am 26. Mai das soziale Europa. Europa, jetzt aber richtig. Glück Auf!“ wurde vom DGB Vorsitzenden zugleich mit der Aufforderung ergänzt sich den rechten Kräften in Europa auch bei den Wahlen in der EU am 26. Mai 2019 und zu den drei Landtagen im Herbst entgegenzustellen. Dieser nach der Weltfinanzkrise deutlich sichtbar werdende Rechtstrend hat eine europaweite Dimension, „die Rechten sollen keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen“. Zum Leidwesen gelang das weder für Europa noch in Deutschland und anderen Ländern. Deren Füße wurden mehr.
Mit dem Aufbau ihrer Landesverbände erhöhte die AFD am 1. Mai 2019 in den 15 Bundesländern um die Mehrheitsverhältnisse in der Arbeiterschaft, als Wahlkampfauftakt für die anstehenden drei Landtagswahlen in Ostdeutschland und Bremen, zu ihren Gunsten voran zu bringen. Gewiss wurde die Landesbezirkshauptstadt Erfurt wegen seiner Rolle in der Geschichte der Arbeiterbewegung, auch als Wallfahrtsort für Anhänger aus anderen

Bundesländern ausgewählt. Bislang wurde aber nicht erwähnt, dass der Faschist Wilhelm Frick, am 23. Juni 1930, also vor 90 Jahren, seine Tätigkeit als erster Staatsminister der NSDAP in Deutschland im Land Thüringen für Inneres und Volksbildung in einer Koalitionsregierung aufnahm. Der 1. Mai sollte immer Anlass sein aus der Geschichte zu lernen.

Leseempfehlung ver.di news, Nr.3, 29.02.2020:

„EINE ARBEITERPARTEI FÜR DEUTSCHE? DER SOZIALPOPULISMUS DER AFD.“ Herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand in der Reihe : DGB.DE/-/SAV	„KEINE ALTERNATIVE FÜR BESCHÄFTIGTE: AFD-POSITIONEN UNTER DER LUPE.“ Herausgegeben vom DGB Bayern. BAYERN.DGB.DE/-/RCD

2014 kam die erste Rot-Rot-Grüne Koalitionsregierung in der Bundesrepublik im Land Thüringen zustande. Wie es Thüringen nach den Landtagswahlen weitergehen wird, hängt nicht zuletzt auch von den Gewerkschaften ab.

Geschichte wach halten

Der **Achtstundentag** und das Frauenwahlrecht erhielten als Errungenschaften der November-Revolution Gesetzeskraft.
1889 hatte die Arbeiterbewegung auf ihrem Kongress in Paris ihre Internationale zum zweiten Mal ins Leben gerufen und beschlossen ab 1890 den 1. Mai als internationalen Kampftag für den Achtstundentag nicht nur den USA, sondern auf allen Kontinenten zu begehen. Die Arbeitszeitfrage wurde zur einigenden Forderung für die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung erhoben. Die Novemberrevolution änderte schlagartig das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Sie beendete den Weltkrieg, stürzte die Kaiser- Herrschaft der Hohenzollern und das Großkapital, die Schwerindustrie und das Finanzkapital fürchtete die Sozialisierung ihrer Ausbeutungs- und Produktionsmittel. Ihre Vertreter waren zum Erhalt ihres Eigentums über Nacht zu Kompromissen mit den freien Gewerkschaften bereit. Dazu gehörte am 15. November 1918 das Stinnes-Legien-Abkommen, mit dem Achtstundentag und der folgenden Verordnung des Rates der Volksbeauftragten zur Einführung ab den 1. Januar 1919. Die Arbeitszeitfrage ist eine aktuelle Lebensfrage geblieben, ja gewinnt im digitalen Zeitalter an Bedeutung.

1.Mai - Gleichberechtigung der Frau- Frauenwahlrecht- Gesetzlicher Feiertag Berlin

Die Geschichte des 1. Mai ist Ängsten verbunden mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau. So beschloss der Internationale Arbeiterkongress im Juli 1889 in Paris, den von Emma Ihrer und Clara Zetkin eingebrachten Antrag zur Gleichberechtigung der Frau. Zuvor hatte Clara Zetkin in ihrem Referat zur Frauenfrage erläutert, *„dass die Frage der Frauenemanzipation keine isolierte für sich stehende ist, sondern ein Teil der großen sozialen Frage.“*

Auf der II. Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen am 27. August 1910 beschlossen 100 Delegierte aus 17 Ländern den Antrag von Clara Zetkin und Käte Duncker eingebrachten Antrag der deutschen Delegation, jedes Jahr einen Frauentag durchzuführen, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung müsse im Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Die Novemberrevolution 1918 erzwang und ermöglichte die Einführung des Frauenwahlrechtes. Ein Fortschritt, aber noch keine Lösung der Frauenfrage. 1921 beschloss eine internationale Kommunistische Frauenkonferenz als internationalen Frauentag fortzusetzen. Die UN erkor den 8. März 1975 als Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden aus. Die Wiederbelebung des internationalen Frauentages am 8.

März setzte im DGB ein. Sie erreichte zum 100. Jahrestag 2011 in den Gewerkschaften einen nachahmenswerten Höhepunkt für 2011.

Am 24. Januar 1919 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus, 100 Jahre später, den Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Landesregierung, alljährlich den am 8. März begangenen Frauentag als gesetzlichen Feiertag. Die CDU und AFD stimmten dagegen. Sie waren für einen weiteren Feiertag, aber nicht für einen zur Gleichberechtigung der Frau.

Auf zum 1. Mai 2020

Als DGB- Motto zum 1. Mai 2020***: „Solidarisch ist man nicht alleine“.*** Wie war nach 130 Jahre 1. Mai, in der sich die bisherige Geschichte der Arbeiterbewegung, ihre Höhen und Tiefen, wiederspiegeln. Vor 75 Jahren endete der von den Faschisten angezettelte 2. Weltkrieg. Ein neuer Gewerkschaftsfrühling erblühte nicht nur in Deutschland mit dem erklärten Willen, nicht mehr Krieg und Faschismus zuzulassen. Wie Recht hatte Berthold Brecht als er schon vor Jahren feststellte, dass der Schoß noch fruchtbar ist, aus dem er kroch. In den Gewerkschaften wächst Besorgnis und die Unruhe nimmt vor dem bevorstehenden 1. Mai über die erneute Verschärfung der internationalen Lage stark zu. Völlig entgegen den 1990 entstandenen Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben nicht nur der Völker Europas.

Ihnen werden Rüstungskosten aufgebürdet, die bitter nötig sind für Zukunftsinvestitionen zum Erhalt eine würdigen Lebens auf unserem Planeten. Schon jetzt sterben Tausende in militärischen Auseinandersetzungen, werden verkrüppelt und Hunderttausende fliehen erneut. An den Grenzen Russlands soll in der Zeit des 1. Mai Krieg geprobt werden.

Stimme des DGB:

„Gegen das „DEFENSER 2020“ – Manöver der NATO in Europa“-

Deshalb fordern wir:

- Schluss mit dem Konfrontationskurs! Dafür muss sich Deutschland stark machen, auch innerhalb der NATO!
- Konfliktprävention, Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärische Konfrontation!
- Abrüsten statt aufrüsten! Zukunftsinvestitionen statt Wettrüsten!

Um die Stimme der Gewerkschaften unüberhörbar zu machen ist der 1. Mai und seine Vorbereitung besonders geeignet um den Teufelskreis der NATO zu durchbrechen.

Motto des DGB für den 1. Mai 2020

„Solidarich ist man nicht alleine“ bei der täglichen Vertretung seiner Interessen im Betrieb und in der Gesellschaft für den Frieden, gegen rechts und Rassenhass, für weltweite soziale Gerechtigkeit.

So hängt auch im Gewerkschaftsjahr 2020 die Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften von ihrer Mitgliederstärke, angesichts der wachsenden Zahl der lohnabhängig Beschäftigten ab.

Glück auf!

Anlage:

DGB-Aufruf gegen das „DEFENDER 2020"-Manöver der NATO in Europa

Nein zum NATO-Manöver - ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

Unter der Bezeichnung „DEFENDER 2020" plant die NATO im April und Mai 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges. Mit dem Manöver soll einerseits erprobt werden, kampfstarke Großverbände aus den USA im Bedarfsfall in kürzester Zeit an die russische Grenze zu verlegen. Andererseits soll die militärische Überlegenheit der NATO demonstriert werden.

Statt dieser Konfrontation sind aus Sicht der Gewerkschaften Entspannungspolitik und kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde. In der Charta von Paris wurde 1990 das Ende des Zeitalters der Konfrontation und der Teilung Europas ausgerufen. Spätestens seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine wissen wir zwar, wie weit wir heute von diesem Anspruch entfernt sind. Unverändert gültig bleiben muss aber das Ziel, auf das sich alle europäischen Staaten einschließlich Russland, den USA und Kanada in der Charta gemeinsam verpflichtet haben: *„Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden."* Dieses Bekenntnis muss wieder ins Zentrum der internationalen Beziehungen rücken – sowohl seitens der NATO als auch seitens Russlands.

Wir Gewerkschaften treten für die Interessen der Beschäftigten ein. Unsere Lektion aus den Schrecken der beiden Weltkriege lautet: „Nie wieder!" Deshalb engagiert sich der DGB auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene für die Sicherung des Friedens und die Verhütung bewaffneter Konflikte und kriegerischer Auseinandersetzungen.

Durch Klimawandel, Digitalisierung und Globalisierung vollziehen sich in Arbeitswelt und Gesellschaft tiefgreifende Umbrüche. In Deutschland, Europa und der Welt werden erhebliche Mittel für Investitionen und für Maßnahmen der sozialen Absicherung benötigt, um diese aktuellen Herausforderungen im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Gleichzeitig wird in den NATO-Staaten zielgerichtet auf die Erhöhung des Rüstungshaushaltes auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes hingearbeitet. Diese Ressourcen würden für die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen fehlen. Deshalb lehnt der DGB das Zwei-Prozent-Ziel der NATO entschieden ab. Abrüsten statt Aufrüsten! Dafür treten wir ein!

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: *„Von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen."* Dies ist auch ein Kerngedanke des Grundgesetzes – dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Deshalb fordern wir:

- Schluss mit dem Konfrontationskurs! Dafür muss sich Deutschland stark machen, auch innerhalb der NATO!
- Konfliktprävention, Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation!
- Abrüsten statt aufrüsten! Zukunftsinvestitionen statt Wettrüsten!

Infos zum NATO-Manöver „DEFENDER 2020":

An dem Manöver von April bis Mai sind insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 18 NATO-Partnerländern beteiligt. Eine neue Dimension militärischer Aktivitäten wird dadurch erreicht, dass bis zu 20.000 US-Armeeangehörige und Tonnen von schwerem Gerät über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert werden sollen. Deutschland wird u.a. mit seinen Umschlaghäfen Hamburg, Bremerhaven und Nordenham sowie dem neuen NATO-Kommando für Truppen- und Materialtransporte (JSEC) in Ulm zur Drehscheibe der Transporte. Neben der Bundeswehr sind allein schon durch den Transport auf Straße und Schiene sowohl die Bundespolizei als auch die betroffenen Länderpolizeien erheblich betroffen – ganz abgesehen von möglichen Einsätzen bei Demonstrationen gegen das Manöver.